

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister



Datum: 23. NOV. 2016

ÄNDERUNGSANTRAG

Vorlage V1334/16

Gegenstand:

Haushaltssatzung 2017/2018 und Wirtschaftspläne 2017 der Eigenbetriebe

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat stellt dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, Produkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sachkonto 42910000 Aufwand sonstiger Dienstleistungen Dritter, zusätzlich eine Million Euro zur Verfügung. Ziel ist es mit diesem Geld u.a. Veranstaltungsformate unter dem Dach „dresden.respekt“ zu entwickeln, Gutachten zur Untersuchung der Arbeit in der Versammlungsbehörde zu erstellen, einen breiten bürgerlichen Dialog zu starten und Maßnahmen zu ergreifen, die Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken.
2. Der Oberbürgermeister erstattet dem Stadtrat halbjährlich Bericht über geplante und vollzogene Projekte und bindet den Stadtrat an geeigneter Stelle in die Formate mit ein.

Die Deckung erfolgt aus Steuermehreinnahmen.


Dirk Hilbert
Oberbürgermeister

Begründung

Nicht erst seit dem 3. Oktober 2016 steht Dresden im Fokus einer bundesweiten Debatte über Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Bewältigung der Zuwanderung von Flüchtlingen und dem Umgang mit unterschiedlichen Religionen und Kulturen in der Stadtgesellschaft. Diese anhaltende Debatte hat nicht nur zu einem Imageverlust mit negativen Folgen für den Tourismus, den Wissenschaftsstandort und dem Kongressmarketing geführt, sondern droht auch die Bürgerschaft in Teilen zu spalten.

In seiner Rede am 3. November 16 vor dem Stadtrat hat der Oberbürgermeister bereits skizziert, wie der Umgang mit der aktuellen Situation in Dresden aussehen könnte. Kernpunkt ist dabei die offensive Auseinandersetzung von Verwaltung und Politik in verschiedenen Handlungsfeldern. Mit der öffentlichen Bekanntmachung des Aufrufs „Was uns eint!“ unter dem Dach von „dresden.respekt“ haben sich sehr unterschiedliche gesellschaftliche Akteure zu einem solchen Weg bekannt. Das Maßnahmenpaket, das durch den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters entwickelt werden soll, greift diesen Bekenntnis auf und formuliert auf dieser Basis konkrete Projekte.

Die Mittel sollen u. a. wie folgt eingesetzt werden:

- Eine Städtekonferenz auf europäischer Ebene zum Erfahrungsaustausch beim Umgang mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Konflikten
- Halbjährliche Bürgerforen auf Stadtebene
- Externe Analyse des Versammlungsgeschehens und des Umgangs mit dem Versammlungsrecht
- Maßnahmenpaket zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens
- Maßnahmenpaket zur Rückgewinnung öffentlicher Plätze für die Stadtgesellschaft

Für jeden der Punkte sind Haushaltsmittel zwischen 50.000 Euro und 150.000 Euro zu veranschlagen. Eine konkrete Untersetzung erfolgt bei Beginn der Maßnahmen.